

Holzenkamp will Entscheidung zur Ferkelkastration - Häusling gegen Säulenstruktur

Seine Forderung nach einer Verlängerung der Übergangsfrist für ein Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration hat der Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV), Franz-Josef Holzenkamp, bekräftigt. „Ich erwarte, dass die Vernunft siegt und wir zu einer tragfähigen Lösung kommen“, sagt Holzenkamp im Interview. In einem weiteren Interview spricht sich der agrarpolitische Sprecher der Grünen im EU-Parlament, Martin Häusling, mit Blick auf die anstehende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für eine Auflösung der Säulenstruktur aus. Schließlich betont AfD-Agrarsprecher Stephan Protschka die Forderung seiner Partei nach einer Renationalisierung der europäischen Agrarpolitik.

Länderberichte 1 und 27, EU-Nachrichten 1

Keine Entscheidungen über Rentenanträge - SPD will Hofabgabeklausel abschaffen

Die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau trifft bis auf weiteres keine Entscheidungen über Anträge auf Altersrenten. Sie reagiert damit auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Hofabgabeklausel. „Unseren Versicherten wird hierdurch aber kein weiterer Nachteil entstehen“, versicherte der SVLFG-Vorsitzende Martin Empl. Sobald der SVLFG die rechtliche Entscheidungsgrundlage vorliege, würden beantragte Renten ab Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen rückwirkend bewilligt. SPD-Berichterstatlerin Ursula Schulte bekräftigte die Forderung nach Abschaffung der Hofabgabeverpflichtung und mahnte politische Entscheidungen an.

Länderberichte 11

Deutsche Halmgetreideernte amtlicherseits auf nur 34,5 Millionen Tonnen geschätzt

Die Landwirte in Deutschland haben in diesem Jahr gemäß der amtlichen Erntestatistik nur insgesamt 34,52 Mio t Halmgetreide gedroschen, was im Vergleich zur schon niedrigeren Vorjahresmenge einen Rückgang um 15,8 % bedeutet. Die Winterrapsernte erreichte laut der ersten vorläufigen Schätzung 3,65 Mio t und damit 14,5 % weniger als 2017. Noch pessimistischer fallen die Schätzungen des Deutschen Bauernverbandes aus. Er geht in seiner Abschlussbilanz davon aus, dass lediglich 33,3 Mio t Halmgetreide eingefahren wurden. Angesichts der knappen Versorgungslage rechnet der Deutsche Raiffeisenverband damit, dass Deutschland erstmals seit 1986 wieder Nettoimporteur bei Getreide wird.

Markt+Meinung 2, Sonderbeilage und Dokumentation

Bund-Länder-Dürrehilfen von 340 Millionen Euro

Der Bund beteiligt sich an finanziellen Hilfen zugunsten dürrgeschädigter Betriebe. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner stellte eine Summe von 150 Mio Euro bis 170 Mio Euro in Aussicht, die in ein Bund-Länder-Programm einfließen sollen. Voraussetzung ist, dass von Länderseite die gleiche Summe hinzukommt. Nach Einschätzung der Bundesregierung haben die Folgen der diesjährigen Witterungsereignisse ein nationales Ausmaß erreicht. Damit ist die Voraussetzung für eine Mittelbereitstellung aus dem Bundeshaushalt gegeben. Aufgrund der Länderangaben geht das Bundeslandwirtschaftsministerium von 10 000 Betrieben aus, die infolge der anhaltenden Trockenperiode in ihrer Existenz bedroht sind. Als Voraussetzung für die Inanspruchnahme von Hilfsgeldern gilt ein Ertragsrückgang in diesem Jahr von mindestens 30 % gegenüber dem vorhergehenden Dreijahreszeitraum. Die Bedürftigkeit soll dann betriebsindividuell von den Ländern geprüft werden, denen auch die Abwicklung des Hilfsprogramms obliegen soll. Die Hilfen sollen als nicht rückzahlbare Zuschüsse gewährt werden. Mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz und dem Saarland wollen sich alle Länder an dem Hilfsprogramm beteiligen. In den landwirtschaftlichen Verbänden wurde die Entscheidung positiv aufgenommen. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied, sprach von einem „guten Signal für die betroffenen Landwirte“. Er mahnte eine schnelle und unbürokratische Umsetzung der Dürrehilfen an. Unterdessen wurden Forderungen nach einem verbesserten Risikomanagement in der Landwirtschaft lauter. Die steuerfreie Risikoausgleichsrücklage kehrt zurück auf die politische Tagesordnung.

Länderberichte 21